

# **Sachverständigenkatalog**

zu der Anhörung des Sozialausschusses am 18. Oktober 2023

**zum Thema Gesundheit**

bezüglich der

Beratung zu den

Gesetzentwürfen der Landesregierung

**Entwurf eines Gesetzes über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Mecklenburg-Vorpommern für die Haushaltsjahre 2024 und 2025 (Haushaltsgesetz 2024/2025)**

- Drucksache 8/2400 -

in Verbindung mit

**Entwurf eines Haushaltsbegleitgesetzes 2024/2025**

- Drucksache 8/2399 -

in Verbindung mit

Unterrichtung durch die Landesregierung

**Mittelfristige Finanzplanung 2023 bis 2028 des Landes Mecklenburg-Vorpommern einschließlich Investitionsplanung**

- Drucksache 8/2398 -

## Anzuhörende:

1. **Prof. Dr. Marek Zygmunt,**  
Universitätsmedizin Greifswald
2. **Manon Austenat-Wied,**  
Techniker Krankenkasse
3. **Jörg Häusler,**  
Verband der Ärzte im ÖGD M-V
4. **Dr. Jens Placke,**  
Ärztekammer M-V
5. **Heike Prestin,**  
DBfK Nordost e. V.
6. **Dr. Christiane Stehle,**  
Universitätsmedizin Rostock

7. **Jürgen Dietze,**  
Gehörlosenlandesverband M-V
8. **Maik Wolff,**  
Netzwerk Pflege in Not
9. **Uwe Borchmann,**  
Krankenhausgesellschaft M-V e. V.
10. **Birgit Grämke,**  
Landeskoordinierungsstelle für Suchtthemen M-V
11. **Lars Grabenkamp,**  
Marburger Bund M-V, Geschäftsstelle
12. **Maike Voss,**  
KLUG – Deutsche Allianz Klimawandel und Gesundheit e. V.
13. **Franzel Simon,**  
Helios Kliniken Schwerin
14. **Matthias Köpp,**  
Landkreistag M-V
15. **Andreas Wellmann,**  
Städte- und Gemeindetag M-V

# **Fragenkatalog**

zu der Anhörung des Sozialausschusses am 18. Oktober 2023

**zum Thema Gesundheit**

bezüglich der

Beratung zu den

Gesetzentwürfen der Landesregierung

**Entwurf eines Gesetzes über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Mecklenburg-Vorpommern für die Haushaltsjahre 2024 und 2025 (Haushaltsgesetz 2024/2025)**

- Drucksache 8/2400 -

in Verbindung mit

**Entwurf eines Haushaltsbegleitgesetzes 2024/2025**

- Drucksache 8/2399 -

in Verbindung mit

Unterrichtung durch die Landesregierung

**Mittelfristige Finanzplanung 2023 bis 2028 des Landes Mecklenburg-Vorpommern einschließlich Investitionsplanung**

- Drucksache 8/2398 -

**Diese Anhörung umfasst folgende Bereiche:**

- Gesundheitsberichterstattung
- Gesundheitsversorgung, wie zum Beispiel Krankenhauswesen, also die stationäre Versorgung, die ambulante Versorgung durch niedergelassene Ärzte sowie der Rettungsdienst, Psychiatrie und Maßregelvollzug und die Rehabilitation
- Arzneimittelwesen
- Krankenversicherung
- Heilberufsrecht
- Infektionsschutz
- Gesundheitsland Mecklenburg-Vorpommern
- Badewasserqualität
- Trinkwasseruntersuchung
- Generalistische Pflegeausbildung
- Organspende
- Arbeitsschutz und Produktsicherheit

## **Allgemein**

1. Welchen finanz- bzw. haushaltspolitischen Korrekturbedarf sehen Sie, unterschieden nach landes- und bundespolitischer Verantwortung bzw. Zuständigkeit?
2. Welchen sonstigen Korrekturbedarf (z. B. rechtlich, verfahrenstechnisch oder organisatorisch) sehen Sie, unterschieden nach landes- und bundespolitischer Verantwortung bzw. Zuständigkeit?

## **Krankenhäuser**

3. Wie bewerten Sie die aktuelle finanzielle Situation der Krankenhäuser in M-V?
4. Welche Maßnahmen – insbesondere auch finanztechnischer Natur – müsste das Land Ihrer Ansicht nach ergreifen, um eine effiziente Umsetzung der Krankenhausreform zu gewährleisten? Ist hierfür bspw. gesondertes Personal im Ministerium von Nöten?
5. Sind die von Bund und Land bereitgestellten Gelder für die Investitionen in die Krankenhäuser Ihrer Ansicht nach ausreichend?
6. Welche Maßnahmen sind darüber hinaus erforderlich, um die Krankenhäuser im Land leistungs- und wettbewerbsfähig aufzustellen? Wo bestehen Ihrer Ansicht die größten Defizite, bei denen das Land finanzielle Unterstützung leisten könnte und sollte?
7. Braucht es auch aus Ihrer Sicht einen Härtefallfonds des Landes, um im Zweifelsfall die Existenz einiger Krankenhausstandorte bis zum Wirken der Krankenhausreform abzusichern?
8. Wenn ja, wie sollte dieser ausgestaltet sein und welches finanzielle Volumen wird notwendig sein?
9. Wie bewerten Sie die Höhe der Haushaltsansätze des Landes 2024/25 für die Förderung von Investitionskosten bei den Krankenhäusern?
10. Wo besteht in dieser Hinsicht Handlungsbedarf?
11. In welcher Höhe sollte das Land Investitionsmittel für die Krankenhäuser bereitstellen?

## **Rettungsdienst**

12. Wie bewertet der Landkreistag die gegenwärtige Situation des Rettungsdienstes im Land, insbesondere mit Blick auf die Rettungswachen?
13. Welche Handlungsbedarfe haben sich ggf. durch das entsprechende Gutachten ergeben?
14. Welche Handlungsbedarfe ergeben sich ggf. durch die Krankenhausreform?
15. Inwieweit wird auch eine stärkere Förderung des Landes notwendig sein, um den Rettungsdienst inklusive der Rettungswachen zukunftsfest zu gestalten?

## **Landeskoordinierungsstelle für Suchtthemen**

16. Wie bewerten Sie aktuelle und zukünftige Höhe (2024/25) der im Rahmen des Wohlfahrtsfinanzierungs- und transparenzgesetzes zur Verfügung gestellten Fördermittel des Landes für die Sucht- und Drogenberatung?
17. Wo bestehen Handlungsbedarfe, insbesondere mit Blick auf die aktuell veröffentlichten Untersuchungen des NDR?
18. Wie sieht die derzeitige Situation der Drogen- und Suchtberatungsstellen im Land aus?
19. Welche Veränderungen konnten durch die finanzielle Neustrukturierung im Rahmen des Inkrafttretens des Wohlfahrtsfinanzierungs- und transparenzgesetzes festgestellt werden?
20. Wo gibt es, neben der Finanzierung, gegebenenfalls weiteren Handlungsbedarf?

## **Auswirkungen des Klimawandels**

21. Welche Auswirkungen hat der Klimawandel auf die Gesundheit der Bevölkerung (nicht-übertragbare Erkrankungen, psychische Gesundheit, Infektionskrankheiten, antimikrobielle Resistenzen)?
22. Durch welche evidenzbasierten Maßnahmen kann gesundheitssensibler Klimaschutz durch Klimawandelanpassung und eine intersektorale Zusammenarbeit im Sinne von One Health und Health in All Policies realisiert werden?
23. Welche finanziellen Mittel stellen andere Bundesländer und/oder Länder bereits zur Verfügung, um ihre jeweilige Bevölkerung vor den vielfältigen direkten und indirekten gesundheitlichen Auswirkungen des Klimawandels zu schützen?